Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 30.10.2019
Beginn:	17:00 Uhr
Ende	17:50 Uhr
Raum:	Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r
Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r
Herr Axel Peters
Herr Marco Schröder

Mitglieder
Herr Frank Fanter
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Achim Stuhr

Vertreter
Frau Kerstin Friesenhahn — Vertretung für Herrn Hendrik Lastovka
Herr Jörg Schulz — Vertretung für Frau Kerstin Chill

Protokollführer
Frau Gaby Ely

von der Verwaltung
Frau Sabine Fielitz
Herr Heino Tanschus
Frau Kristina Wilcke

Tagesordnung:

1	Bestätigung der Tagesordnung
2	Bestätigung der Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 25.09.2019
3	Beratung zu Beschlussvorlagen
4	Beratung zu aktuellen Themen
4.1	Bürgerinitiative Mein Radnetz Stralsund - Ergebnisse Bürgerbefragung
4.2	Struktur und Aufgabenbereiche des Ordnungsamtes der Hansestadt Stralsund

4.3 zu Hundekotbeutelspendern in Devin
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0075/2019

4.4 zur Erhöhung von Bußgeldern
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0157/2019

5 Verschiedenes

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:
Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 25.09.2019

Die Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 25.09.2019 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Bürgerinitiative Mein Radnetz Stralsund - Ergebnisse Bürgerbefragung

Herr Klette erklärt, dass die Befragungsergebnisse auf der Initiative „Mein Radnetz“ beruhen. Die Initiative „Mein Radnetz“ setzt sich aus der Initiative „Altstadt“ und der Regionalgruppe des adfc zusammen. Die Initiative betreibt Aufklärung, wo Radfahrer fahren dürfen und wo nicht. Außerdem soll eine bessere Beteiligung von Fußgängern und Radfahrern am Straßenverkehr erreicht werden.

Herr Klette nennt eine Gefahrenstelle, an der es dieses Jahr bereits einen schweren Unfall gegeben hat. Am Kreisverkehr Frankendamm/Frankenstraße sind drei Parkplätze vorhanden, in denen nur vorwärts eingeparkt werden kann. Hier werden Fahrradfahrer beim Rückwärtsausparken übersehen. Trotz mehrfacher Hinweise wird von der Verwaltung keine Notwendigkeit gesehen, die Parkplätze zu entfernen.

Eine weitere Gefahrenquelle besteht laut der Initiative Am Fischmarkt. Fraglich ist, ob es rechtlich zulässig ist, dass Radfahrer die Einbahnstraße bei einer Fahrbahnbreite von 3,80m in beide Richtungen befahren dürfen, wenn die Straße auch von Lkw genutzt wird.

Auf Nachfrage von Frau von Allwörden erklärt Herr Klette, dass mit der Glättung des Kopfsteinpflasters in der Altstadt gemeint ist, in der Mitte der Straße eine glatte Spur einzuziehen, so dass die Straße von Radfahrern und Rollstuhlfahrern vernünftig genutzt werden kann. Herr Grabe macht am Beispiel des Frankendamms deutlich, dass Kopfsteinpflaster relativ glatt verlegt werden kann. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, das Kopfsteinpflaster nutzen zu können, ohne den Weltkulturerbestatus zu gefährden.

Herr Schröder erkundigt sich, wie die Hainholzstraße beschildert werden soll, wenn sie als Fahrradstreifen ausgewiesen wird. Herr Klette erklärt, dass die Straße saniert werden soll. Durch Zusatzzeichen können auch Autos und Motorräder die Straße nutzen. In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Klette erklärt Frau von Allwörden, dass die Beschilderung der Hainholzstraße noch in den Gremien diskutiert wird und noch keine Entscheidung diesbezüglich vorliegt.

Herr Peters fragt, wie von Seiten der Initiative die bisherige Umsetzung der Maßnahmen aus dem Klimaschutzteilkonzeptes eingeschätzt wird.
Es wurden einige Fahrradstreifen geschaffen, aus Sicht der Initiative hat die Umsetzung in den letzten eineinhalb Jahren deutlich nachgelassen.

Frau Quintana Schmidt bedankt sich für die geleistete Arbeit.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

zu 4.2 Struktur und Aufgabenbereiche des Ordnungsamtes der Hansestadt Stralsund

Herr Tanschus schildert an Hand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird, die Struktur und die Aufgaben des Amtes 30.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen. Frau von Allwörden bedankt sich bei Herrn Tanschus und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 zu Hundekotbeutelspendern in Devin
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0075/2019

Ohne weitere Wortmeldungen stellt Frau von Allwörden den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag nicht weiter zu verfolgen.

Der Präsident wird über das Ergebnis der Beratung informiert.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 4 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.4 zur Erhöhung von Bußgeldern
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0157/2019

Die Verwaltung empfiehlt dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung der Bürgerschaft zu empfehlen, den Antrag mit folgendem Beschlusstext zu beschließen:

„Die Bürgerschaft fordert den Oberbürgermeister auf, die Angemessenheit der Bußgelder für häufig auftretende und regelmäßig wiederkehrende Ordnungswidrigkeiten zu prüfen, die nicht bereits bundes- oder Landesrechtlich geregelt sind. Dabei sollten die gewöhnlichen Tatumstände sowie die fahrlässige und vorsätzliche Begehung einer Tat berücksichtigt werden. Die Angemessenheit ist in regelmäßigen Abständen zu prüfen."

Herr Peters fragt, ob die Prüfung der Verhältnismäßigkeit dadurch erfolgen soll, dass die Verwaltung sich selbst überprüft.
Herr Tanschus erklärt, dass in dem Ursprungsantrag die Frage nach einem verbindlich festgelegten Bußgeldkatalog gestellt wurde. Nun lautet der Auftrag an den Oberbürgermeister, jeden Einzelfall unter Berücksichtigung gleichgelagerter Fälle zu prüfen.

Frau von Allwörden ergänzt, dass es gilt, die verwaltungsinternen Festlegungen regelmäßig zu überprüfen, aber grundsätzlich kein festgezurrter Bußgeldkatalog erstellt werden soll, der keinen Spielraum lässt. So können die internen Richtlinien immer wieder angepasst werden.

Frau von Allwörden stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gebt es keinen Redebedarf, womit die übrigen Tagesordnungspunkte entfallen.

Frau von Allwörden schließt die Sitzung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez.
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung